

Pressemitteilung

22. Juni 2007

Stadt Freiburg bereitet Beteiligungsverfahren für Doppelhaushalt 2009/2010 vor

Ziele:

- **Information und Kommunikation mit Bürgerschaft über den Haushalt**
- **Bürgerschaftliche Diskussion um Gewichtung städtischer Leistungen: was ist den Bürgerinnen und Bürgern wichtig**
- **Haushaltsneutralität durch unveränderten Gesamtrahmen**
- **Verschiedene Beteiligungsangebote, um die Stadt in ihrer Vielfalt abzubilden**

Gemeinderat behält Entscheidungshoheit über den Haushalt und entscheidet über Empfehlungen der Bürgerschaft

OB Salomon: „Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung über den Haushalt soll mit dem Verfahren auf neue Basis gestellt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sind zur Diskussion über die Zukunft der Stadt eingeladen.“

EBM Neideck: „Verwaltung und Gemeinderat können von dem Verfahren profitieren. Es sollen in der Diskussion inhaltliche Schwerpunkte erarbeitet werden, aber das Ergebnis muss haushaltsneutral sein.“

Antrag auf Förderung bei der Landesstiftung BaWü gestellt, um den Bürgerhaushalt vertieft auch unter dem

Gesichtspunkt Gender Budgeting durchzuführen. Anfang Juli wird Antwort erwartet

Ein neues bürgerschaftliches Beteiligungsverfahren soll die Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes begleiten. So können die Freiburger Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher in das komplexe Thema der städtischen Finanzen Einblick erhalten und formulieren, was ihnen wichtig ist. Damit setzen Oberbürgermeister Dieter Salomon und Erster Bürgermeister Otto Neideck jetzt ihre Ankündigung aus den Haushaltsreden um, für die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2009/2010 ein Beteiligungsverfahren in Gang zu setzen. Auch der Gemeinderat hatte der Verwaltung Mitte Mai in einem von allen Fraktionen und Gruppen getragenen Antrag den Auftrag gegeben, einen „Freiburger Weg zu einem Beteiligungshaushalt“ vorzubereiten. Seit einigen Wochen wird in der Verwaltung ein Konzept für ein solches Freiburger Verfahren erarbeitet. Erste Ergebnisse präsentiert das Bürgermeisteramt in einer Vorlage, die am 10. Juli im Gemeinderat beraten wird und die Eckpunkte des Verfahrens festlegt.

OB Salomon stellte das Konzept heute vor der Presse vor: „In der Bürgerschaft besteht ein großes Interesse, an der Diskussion über die finanzielle Zukunft der Stadt teilzunehmen und eigene Vorstellungen über die Verwendung von finanziellen Ressourcen einzubringen. Dem Bedürfnis der Bürgerschaft an mehr Beteiligung wollen wir entsprechen. Der Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung soll durch ein strukturiertes Verfahren auf eine neue, breitere Basis gestellt werden.“ Unabdingbar hierfür sei die transparente und umfassende Information über die Struktur, den rechtlichen Rahmen und die Aufgaben des Haushalts. „Bei diesem hochkomplexen und für viele nur schwer verständlichen Thema kommt einer nachvollziehbaren und leicht verständlichen Informationen die Schlüsselrolle zu. Wir erhoffen uns so auch mehr Akzeptanz für unser Handeln in Zeiten knapper Kassen.“

Das vorrangige Ziel des Gemeinderats und des Bürgermeisteramts: Welche Schwerpunkte wollen die Bürgerinnen und Bürger setzen? „Deshalb wird es auch nicht im Einzelnen um die Zuschüsse für die eine oder die andere Einrichtung gehen, sondern um eine Gewichtung inhaltlicher Schwerpunkte in den Kernbereichen städtischer Politik: Bauen, Umwelt, Bildung, Kultur, Soziales, Verkehr, Sport und andere“, erklärt Salomon. Die Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess werden dem Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgelegt. Dieser wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abschließend über die Vorschläge entscheiden.

Erster Bürgermeister Neideck erklärt: „Als wichtigste Spielregel im Verfahren gilt der Grundsatz der Haushaltsneutralität.“

Vorschläge, die Geld kosten, müssen deshalb an anderer Stelle durch Einsparungen ausgeglichen werden!“

Der Gemeinderat hat für das Beteiligungsverfahren 40.000 Euro zur Verfügung gestellt. Parallel wurde im April bei der Landesstiftung Baden-Württemberg ein Antrag auf Fördermittel aus dem Programm zur „Förderung von Gender- Mainstreaming im Lebensalltag von Bürgerinnen und Bürgern“ gestellt. Die Entscheidung über diesen Antrag wird für Anfang Juli erwartet. Sollte dem Antrag stattgegeben werden, stünden der Stadt weitere Mittel für ein Beteiligungsverfahren zur Verfügung. Die Mittel würden dazu verwendet werden, die Fragestellung verstärkt einzubeziehen, welche Auswirkungen die Entscheidungen beim städtischen Haushalt auf den Lebensalltag von Männern und Frauen haben. Der Prozess würde so stärker geschlechtersensibel gestaltet und die unterschiedlichen Interessen, Kompetenzen und Potenziale von Frauen und Männern vertieft berücksichtigt werden.

Die Verwaltung hat bereits bei der Erstellung des Flächennutzungsplanes 2020 sehr gute Erfahrungen mit einem breiten Beteiligungsprozess gemacht. Die Ergebnisse dieses Verfahrens wurden vom Gemeinderat intensiv diskutiert und sind zum weitgehenden Teil in den FNP 2020 eingeflossen. Dieses Beteiligungsprojekt gilt inzwischen in anderen Städten als Modellbeispiel für Partizipation. An diese positiven Erfahrungen will das Bürgermeisteramt anknüpfen und mit dem Bürgerhaushalt einen weiteren Schritt gehen.

Mit der Planung und Durchführung des Beteiligungsprozesses für den Doppelhaushalt 2009/2010 hat Salomon Annette Schubert beauftragt, die bereits in den Jahren 2003 bis 2005 die Bürgerbeteiligung zum Flächennutzungsplan federführend organisiert hat. Sie wird in ihrer Arbeit von einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe unterstützt. Ausdrücklich einbezogen werden auch die Akteure der Lokalen Agenda 21, die sich mit dem Thema „Bürgerhaushalt“ bereits seit längerem fachlich beschäftigen.

Als primäre Aufgabe sieht Schubert, neben Verbänden, Gruppen, Bürgervereinen usw. ein möglichst breites Spektrum der Bürgerschaft für eine Diskussion zu gewinnen, um die Stadt Freiburg in ihrer Vielfalt im Diskussionsprozess abbilden zu können. „Dazu sollen unterschiedliche Beteiligungsformen wie eine intensive Diskussion vor Ort, eine Bürgerumfrage und Online-Beteiligung unter www.freiburg.de angeboten werden. Neben Bürgerinnen und Bürgern sollen darüber hinaus auch Akteure in der Stadt wie Bürgervereine, soziale und kulturelle Gruppen, Sportvereine, Wirtschaft, Gewerkschaften oder Hochschulen angesprochen werden. Das Verfahren wird außerdem von einer intensiven Öffentlichkeitsar-

beit begleitet, um den Ablauf des Verfahrens, die Möglichkeiten der Teilnahme und die Einspeisung der Ergebnisse in den gemeinderätlichen Beratungsprozess werden von Anfang an zu kommunizieren.“ berichtet Schubert vom geplanten Konzept.

Für die Durchführung der einzelnen Beteiligungsschritte soll ein externes Moderationsbüro herangezogen werden. Momentan ist geplant, das Verfahren mit einer Informationsveranstaltung Anfang nächsten Jahres zu starten und dann im Laufe des Frühjahrs den Prozess der bürgerschaftlichen Diskussion zu beginnen. Die Empfehlungen der Bürgerschaft sollen dann bis zum Sommer ausgearbeitet sein, die Einbringung des Haushaltsentwurfs 2009/2010 durch die Verwaltung ist für Herbst 2008 geplant. Die Ergebnisse der bürgerschaftlichen Diskussion werden dem Gemeinderat dann zur Beratung in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs übergeben.

„Bürgerhaushalte“ wurden bereits in einigen Städten wie Bonn, Catrop-Rauxel und im Berliner Bezirk Lichtenberg sowie dem Land Hamburg in unterschiedlichen Verfahren und mit unterschiedlichen Ergebnissen durchgeführt.

Die Grundprinzipien **Information**, **Konsultation** und **Rechenschaft** sollen auch bei dem Freiburger Verfahren angewendet werden und sind ausdrücklich im interfraktionellen Antrag erwähnt.

Die **Informationsphase** dient dazu, den Inhalt und die Systematik eines kommunalen Haushalts verständlich zu vermitteln, Zusammenhänge zu erklären, den Handlungsspielraum der Kommune zu erläutern und die Grenzen des Beteiligungsverfahrens für die Bürgerschaft aufzuzeigen. Hier wird der Ablauf des Verfahrens kommuniziert, um die unterschiedlichen Erwartungen an den Prozess realistisch zu bündeln: „Allen Beteiligten, der Politik, der Verwaltung und der Bürgerschaft müssen die Spielregeln klar sein.“, so Salomon.

In der Phase der **Konsultation** findet die öffentliche Diskussion statt. Wichtiges Instrument für Freiburg wird die Diskussion vor Ort, über das Internet und eine repräsentative Befragung sein.

Die erarbeiteten Ergebnisse münden dann in bürgerschaftliche Empfehlungen für den Gemeinderat, der darüber nach einem transparenten, Diskussionsprozess entscheidet. Nach der Beratung im Gemeinderat werden die Ergebnisse des Prozesses an die Bürgerschaft rückgekoppelt (**Rechenschaft**).

In jeder Phase wird auch der Gemeinderat über die einzelnen Schritte informiert. Die detaillierte Verfahrensausgestaltung wird in den nächsten Monaten entwickelt. Dabei werden einerseits die Erfahrungen aus anderen Städten und andererseits die Freiburger Rahmenbedingungen in die Planung mit einbezogen. Voraussichtlich im September sollen die Details des Verfahrens und ein exakter Zeitplan des Bürgerhaushalts dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden. Salomon kündigte jetzt schon an, dass die bürgerschaftliche Diskussion um den Haushalt als dauerhaftes Verfahren etabliert werden soll.